

08.05.2018

## Antrag

der Fraktion der SPD

### **NRW fordert zusätzliche Maßnahmen zur Tabakprävention und den Passivraucherschutz von minderjährigen Kindern in Autos**

#### **I. Ausgangslage**

Hinlänglich bekannt ist, dass Passivrauchen die Gesundheit gefährdet. Insbesondere Kinder sind hiervon betroffen, da sie u.a. eine höhere Atemfrequenz aufweisen und sich die Lungen bis zum 20. Lebensjahr noch herausbilden. Darüber hinaus ist ihr Entgiftungssystem nicht so ausgereift wie bei Erwachsenen. Die Konsequenzen des Passivrauchens von Kindern können u.a. akute und chronische Atemwegserkrankungen, die Verschlimmerung einer bereits vorhandenen Asthma-Erkrankung oder auch eine Erhöhung des Blutdrucks sein. Außerdem erhöht das Passivrauchen das Krebsrisiko. So erkranken beispielsweise Kinder, deren Eltern rauchen, häufiger an Lebertumoren oder auch an Leukämie. Gravierend können die Folgen des Passivrauchens für Säuglinge sein, deren Risiko eines plötzlichen Kindstods steigt. Gerade in geschlossenen Räumen sind Kinder dem Passivrauchen verstärkt ausgesetzt. Dies gilt insbesondere in Autos, wo die gesundheitliche Belastung durch Passivrauchen besonders hoch ist. Nach Messungen des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) liegt die Schadstoffkonzentration in einem verrauchten Auto fünf Mal so hoch wie in einer durchschnittlich verrauchten Bar. Das DKFZ schätzt, dass rund eine Millionen Kinder in Deutschland dem Tabakrauch im Auto ausgesetzt sind.

Vor diesem Hintergrund haben nicht nur die Bundesärztekammer und die Bundesdrogenbeauftragte Marlene Mortler (CSU) ein Rauchverbot bei Autofahrten mit minderjährigen Kindern gefordert. Gemäß der „Deutschen Befragung zum Rauchverhalten“ (DEBRA-Studie) fordern auch 71 Prozent der Deutschen ein solches Rauchverbot im Auto. Selbst 67 Prozent der befragten Raucher\*innen plädieren dafür, Rauchen im Auto zu verbieten und entsprechend zu sanktionieren, sofern minderjährige Kinder mit im Fahrzeug sitzen. Nur 14 Prozent von ihnen sind dagegen. Andere Länder wie England, Wales, Italien, Griechenland, Frankreich und erst kürzlich Österreich haben bereits ein Rauchverbot in Autos in Anwesenheit von minderjährigen Kindern eingeführt. Auch in den USA besteht in weiten Teilen des Landes ein solches Verbot. Eine Ausarbeitung des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestags über die verfassungsrechtliche Zulässigkeit eines Rauchverbotes in Autos in Anwesenheit von Kindern hat zudem dargelegt, dass eine solche Regelung in Deutschland sowohl formell als auch materiell verfassungskonform wäre.

Datum des Originals: 08.05.2018/Ausgegeben: 08.05.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter [www.landtag.nrw.de](http://www.landtag.nrw.de)

Der Blick ins europäische und internationale Ausland macht aber nicht nur deutlich, dass in Deutschland erheblicher Nachholbedarf beim Passivraucherschutz von minderjährigen Kindern in Autos besteht. Trotz beziehungsweise gerade aufgrund unzähliger Gesetze existiert in Deutschland beim Nichtraucherchutz ein Flickenteppich mit unterschiedlichster Konsequenz beim Passivraucherschutz sowie zahlreichen Ausnahmeregelungen beim Rauchverbot. Auch wenn die Bundesrepublik Deutschland das Rahmenübereinkommen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zur Eindämmung des Tabakgebrauchs (WHO FCTC) 2003 unterzeichnet und ratifiziert hat, hinkt Deutschland bei der Umsetzung der im Rahmenübereinkommen verpflichtend benannten Maßnahmen wie zum Beispiel beim Passivraucherschutz, der Tabakprävention, dem Verbot von Tabakwerbung und der Ausweitung von Rauchstoppprogrammen weit hinterher. Daher verwundert es nicht, dass Deutschland bei der Umsetzung des Ziels, heutige und zukünftige Generationen vor den verheerenden gesundheitlichen, sozialen und die Umwelt betreffenden Folgen des Tabakkonsums und des Passivrauchens zu schützen, den vorletzten Platz innerhalb Europas einnimmt. Nur Österreich schneidet noch schlechter ab. Bezeichnend ist vor diesem Hintergrund, dass im Vergleich zu anderen Industrieländern die Zahl der Raucher\*innen in den vergangenen zwei Jahrzehnten in Deutschland nicht signifikant gesunken ist.

## **II. Der Landtag stellt fest:**

1. Die Tabakprävention und der Passivraucherschutz in Deutschland hinken im internationalen Vergleich sowohl den medizinischen Empfehlungen als auch den in internationalen Verträgen vereinbarten Standards weit hinterher;
2. Tabakprävention, Tabakwerbverbote und Raucherstoppprogramme sind wichtige Instrumente, um heutige und zukünftige Generationen vor den gesundheitlichen Folgen des Tabakkonsums und des Passivrauchens zu schützen. Um insbesondere Kinder und Jugendliche vor den Folgen des Tabakkonsums zu schützen, bedarf es frühzeitiger Präventionsmaßnahmen und Aufklärungskampagnen bereits ab der Kita;
3. Die Umsetzung des Rahmenübereinkommens der WHO zur Eindämmung des Tabakgebrauchs ist in Deutschland zeitnah zu forcieren und das verpflichtende Maßnahmenprogramm zielgenauer umzusetzen;
4. Insbesondere minderjährige Kinder müssen besser vor den Folgen des Passivrauchens geschützt werden. Der Landtag NRW unterstützt die Forderung der Bundesärztekammer und der Bundesdrogenbeauftragten, ein Rauchverbot bei Autofahrten mit minderjährigen Kindern einzuführen.

## **III. Der Landtag beschließt:**

1. Deutschland braucht einen neuen Anlauf, um den Tabakgebrauch weiter einzudämmen. Die Landesregierung wird aufgefordert, über den Bundesrat auf die konsequente Umsetzung der im WHO FCTC genannten Maßnahmen in Deutschland hinzuwirken und vor allem Tabakwerbung ebenso zu unterbinden wie auch noch intensiver über die Folgen des Rauchens und Passivrauchens zielgruppenorientiert aufzuklären;
2. Rauchstoppprogramme tragen erheblich zur Gesundheitsprävention bei und mindern langfristig die Folgekosten des Rauchens für das Gesundheitssystem. Gemeinsam mit der Bundesregierung und den 15 weiteren Bundesländern soll die Landesregierung in Absprache mit den gesetzlichen Krankenkassen dafür sorgen, dass effektive Rauchstoppprogramme sowohl für Raucher\*innen kostenfrei als auch deutlich intensiver beworben angeboten werden;

3. Minderjährige Kinder sind vor den Folgen des Passivrauchens in Autos zu schützen. Die Landesregierung wird daher aufgefordert, zeitnah über den Bundesrat ein Gesetz einzubringen, das das Rauchen in Autos unter Anwesenheit von minderjährigen Kindern verbietet und entsprechend sanktioniert.

Thomas Kutschaty  
Sarah Philipp  
Regina Kopp-Herr  
Dr. Dennis Maelzer  
Josef Neumann

und Fraktion